

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

02.12.2017 /19.20-19.50 Uhr
03.12.2017 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Hängepartie bei der Regierungsbildung – mit Folgen für die Bundeswehr?
- 30 Jahre INF-Vertrag – Vereinbarung ohne Zukunft?
- Immer mehr minderjährige Bundeswehr-Soldaten – Trendumkehr überfällig?
- Russische High-Tech Waffen – ein Exportschlager?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Zu einer neuen Ausgabe von Streitkräfte und Strategien begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- 30 Jahre INF-Vertrag über Mittelstreckenraketen - Vereinbarung ohne Zukunft?
- Immer mehr minderjährige Bundeswehr-Soldaten - Trendumkehr überfällig? Und:
- Russische High-Tech Waffen - ein Exportschlager?

Doch zunächst zur schwierigen Regierungsbildung in Berlin. Die Hängepartie bleibt nicht ganz ohne Folgen für die Bundeswehr. Obwohl der Bundestag sich inzwischen konstituiert hat, ist er zurzeit nur bedingt arbeitsfähig. So wurden die Ausschüsse des Parlaments bisher nicht eingesetzt - auch nicht der Verteidigungsausschuss, der ja die Streitkräfte kontrollieren soll; schließlich ist die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. Zu bereden gibt es dabei eigentlich genug. Tobias Lindner, Haushalts- und Verteidigungspolitiker der Grünen:

O-Ton Lindner

„Es sind in den letzten Monaten eine Menge Themen aufgelaufen. Also von der Frage, wie geht es weiter im Fall Franco A., über das Thema Mali-Hubschrauberabsturz, neuer Traditionserlass. Ich glaube, es gibt eine Menge von Themen, wo es einfach drum gehen muss, dass Fachabgeordnete die geschäftsführende Bundesregierung befragen können müssen, Fragen stellen können müssen und hoffentlich dann auch Antworten erwarten.“

Im Bundestag ist zwar ein sogenannter „Hauptausschuss“ eingerichtet worden, sozusagen als Obergremium. Doch eine effektive Arbeit bzw. eine Kontrolle der Regierung findet dort nicht statt. Für den Wehrbeauftragten des Bundestages, Hans-Peter Bartels ist daher klar:

O-Ton Bartels

„Es muss einen Verteidigungsausschuss geben, so steht es im Grundgesetz. Die parlamentarische Kontrolle muss jede Woche möglich sein und nicht erst dann, wenn nach Neuwahlen möglicherweise wieder eine Regierung gebildet ist. Nachdem wir jetzt nicht auf einen schnellen Weg zu einer Regierung kommen, denke ich, ist es richtig, die verfassungsmäßig vorgeschriebenen Ausschüsse nun auch einzusetzen.“

Denn eine kontinuierliche Kontrolle der Streitkräfte durch den Bundestag ist für den Wehrbeauftragten im Moment nicht möglich. Ein Zustand, der mit dem Grundgesetz nur schwer zu vereinbaren sei. Auch überfällige grundsätzliche Weichenstellungen wird es in der Bundeswehr vorerst nicht geben. So liegt beispielsweise die sogenannte „Konzeption der Bundeswehr“ KdB erst einmal auf Eis. Das Grundlagen-Dokument sollte eigentlich bis Ende des Jahres vorgelegt werden. Doch daraus wird nun nichts. Das Papier gibt vor, wie sich die Streitkräfte militärisch ausrichten sollen. Und darüber wird der neue Verteidigungsminister oder die Verteidigungsministerin entscheiden. Die Verzögerung kann auch Folgen haben für Rüstungsprojekte. Tobias Lindner:

O-Ton Lindner

„Die ganze Misere führt natürlich dazu, dass unter Umständen auch Beschaffungsprogramme jetzt ins Stocken geraten können. Es wird noch schlimmer werden, wenn man sich das kommende Jahr anschaut. Es gibt da ja erst mal keinen Bundeshaushalt für das Jahr 2018, also eine vorläufige Haushaltsführung. Das kann dazu führen, dass jetzt auf mehrere Monate quasi Stillstand herrscht, wenn es um die Finanzierung von Material für die Truppe geht.“

Es ist nicht ausgeschlossen, dass bis zur Regierungsbildung noch Wochen, wenn nicht Monate ins Land gehen. Für den Abgeordneten der Grünen darf der Bundestag solange aber nicht warten:

O-Ton Lindner

„Ich finde, wir sollten gucken, dass wir jetzt in der Sitzungswoche, die im Dezember anberaumt ist, den Entschluss fassen, einen Verteidigungsausschuss einzurichten. Und der sollte dann ab Januar, also mit Beginn des neuen Jahres, arbeitsfähig sein.“

Fordert der Verteidigungspolitiker Tobias Lindner.

Themenwechsel.

Vor 30 Jahren, am 8. Dezember 1987, haben US-Präsident Reagan und der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow den sogenannten INF-Vertrag unterzeichnet. Das Kürzel INF steht für „Intermediate-Range Nuclear Forces“. Der Vertrag ist ein Meilenstein der Abrüstung. Denn er hat zur Vernichtung einer ganzen Waffen-Kategorie geführt.

Doch dieser Abrüstungsvertrag ist offenbar ein Auslaufmodell. Denn Russland und die USA werfen sich inzwischen gegenseitig vor, die Vereinbarung zu verletzen. Zur Bedeutung des INF-Vertrages - Otfried Nassauer.

Manuskript Otfried Nassauer

Der INF-Vertrag war der erste atomare Abrüstungsvertrag weltweit. Die Zahl atomarer Trägersysteme wurde durch dieses Abkommen nicht nur begrenzt, sondern tatsächlich reduziert. Zwei ganze Kategorien nuklearer Waffen wurden verboten. Landgestützte Atomwaffen mit 500-1.000 Kilometer Reichweite und solche mit 1.000-5.500 Kilometer Reichweite. Teil des Abkommens waren zudem umfassende Überprüfungsregeln, die beiden Vertragsparteien Inspektionen auf dem Territorium der jeweils anderen Seite erlaubten. Auch das war neu.

Die Verifikationsregeln machen eine weitere Funktion des Abkommens deutlich. Der Vertrag selbst und seine problemlose Umsetzung stellten eine wirksame transparenz- und vertrauensbildende Maßnahme dar. Zusammen mit dem Ende des Kalten Krieges erleichterte der Vertrag das Zustandekommen

weiterer Abrüstungsabkommen, die in den Folgejahren geschlossen wurden: Den ersten und zweiten START-Vertrag über die Reduzierung der strategischen Atomwaffen, den Vertrag über das Verbot chemischer Waffen und die Vereinbarungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa. US-Präsident Ronald Reagan formulierte diese Hoffnung bereits bei der Unterzeichnung des INF-Vertrages:

O-Ton Reagan (overvoice)

„Wir können nur hoffen, dass dieses historische Abkommen keinen Schlusspunkt darstellt, sondern den Anfang einer Arbeitsbeziehung, die es uns erlaubt, die anderen dringenden Aufgaben anzugehen, die vor uns liegen: die strategischen Nuklearwaffen und die Kräftebalance der konventionellen Streitkräfte in Europa.“

Die vertrauensbildende Wirkung des Vertrages zeigte sich auch bei einem weiteren atomaren Abrüstungsschritt. 1990 und 1991 kündigten die USA und die Sowjetunion jeweils an, einseitig und ohne Verhandlungen Tausende von atomaren Kurzstreckenwaffen aus Europa und von ihren Kriegsschiffen abzuziehen. Diese sogenannten Präsidenteninitiativen waren ein Abrüstungsschritt, der zahlenmäßig noch deutlich über den INF-Vertrag hinausging. Der INF-Vertrag leitete eine Trendwende zur Denuklearisierung der Sicherheitspolitik in Europa und eine Reduzierung der Rolle atomarer Waffen ein. Heute unterhalten die USA nur noch etwa 150 Atomwaffen in Europa, nicht mehr Tausende.

Allerdings: Dieser Tage steht wohl eine erneute Kehrtwende bevor. Auf die Denuklearisierung der Sicherheit Europas könnte eine Renuklearisierung folgen. Die Bedeutung nuklearer Waffen wird voraussichtlich wieder zunehmen. Die Zahl solcher Waffen könnte erneut wachsen.

Auch dabei spielt der INF-Vertrag eine wichtige Rolle. Über Jahre lautete die wichtigste Kritik an dem Abkommen, dass es ausschließlich den USA und Russland den Besitz von Mittelstreckenwaffen verbiete. Das diskriminiere diese beiden Länder im Vergleich zu anderen Staaten, die solche Waffen bauen dürfen wie Indien oder Pakistan. Der Vertrag müsse daher entweder mehr Mitglieder bekommen oder gekündigt werden. Beides geschah nicht.

In den vergangenen zehn Jahren wurde jedoch noch ein weiterer Kritikpunkt entwickelt. Washington argumentierte jetzt, Russland habe 2008 erstmals ein landgestütztes Marschflugkörpersystem getestet, das aufgrund seiner Reichweite gegen den INF-Vertrag verstoße. Seit Anfang des Jahres kommt der Vorwurf hinzu, Moskau habe begonnen, diese Waffe zu stationieren. Washington bezeichnet das System als SSC-8. Man habe Moskau detaillierte Hinweise vorgelegt, um das System zu identifizieren. Für die Öffentlichkeit stellt sich das anders dar: Es ist nicht nachvollziehbar, welches Marschflugkörpersystem genau gemeint sein soll. Denn Washington will nicht konkret werden und keine Einzelheiten mitteilen. Man kann dem US-Vorwurf also nur glauben, ihn aber nicht unabhängig überprüfen oder diskutieren.

Moskau bestreitet eine Vertragsverletzung und dreht den Spieß um, wirft seinerseits Washington vor, den INF-Vertrag zu verletzen: Russland moniert, dass die USA in Rumänien und Polen für ihr europäisches landgestütztes Raketenabwehrsystem Startgeräte des Typs MK41 an Land stationieren, die auf Schiffen genutzt werden, um Marschflugkörper vom Typ Tomahawk zu starten. Washington argumentiert, dazu seien die Startgeräte an Land nicht fähig, weil für den Start von Marschflugkörpern weitere Technik erforderlich sei, die nicht stationiert werde. Die USA räumen aber ein, dass man den Unterschied zwischen beiden Versionen von außen nicht erkennen kann.

Die Verschärfung dieser Debatte hat natürlich mit der Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Russland und dem Westen durch die Krisen um Georgien und die Ukraine zu tun. Sie wird auch von dem innenpolitischen Streit in den USA über die Russland-Politik von US-Präsident Trump geprägt. Der Streit um den INF-Vertrag ist heute ein wesentlicher Aspekt der Debatte über die künftige Rolle nuklearer Waffen in Europa und einen drohenden neuen Kalten Krieg.

Bereits vor sieben Jahren deutete sich diese Entwicklung an. Damals weckte US-Präsident Barak Obama Hoffnungen auf eine Welt ohne Atomwaffen, er sagte aber im gleichen Atemzug:

O-Ton Barak Obama (overvoice):

„Täuschen Sie sich nicht: So lange es diese Waffen gibt, werden die Vereinigten Staaten ein sicheres und wirksames Arsenal zur Abschreckung potenzieller Feinde aufrechterhalten und die Verteidigung unserer Verbündeten garantieren.“

Kurz darauf veröffentlichten die USA mit dem Nuclear Posture Review 2010 ein Dokument, das eine umfassende Renovierung und Modernisierung des Nuklearwaffenpotenzials der USA vorsah. Man werde alle atomaren Trägersysteme und fünf Atomsprengkopftypen modernisieren, damit die USA bis weit in die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts über ein leistungsfähiges Atomwaffenpotenzial verfügen. Den Anfang sollte die Modernisierung jener Atombomben machen, die in Europa gelagert werden. Wenig später erteilte die NATO Forderungen, die letzten US-Atomwaffen aus Europa abzuziehen, eine Absage.

Inzwischen geht es um mehr: Anfang 2018 muss Präsident Trump dem Kongress seinen Nuclear Posture Review vorlegen. In diesem Bericht muss sich Trump auch zur Zukunft der atomaren US-Waffen in Europa äußern. Wird deren Rolle gestärkt? Kommt es zu einer Renuklearisierung der Sicherheitspolitik in Europa? Auswirkungen auf die NATO sind wahrscheinlich.

Konservative Kreise fordern Trump auf, Moskau nicht nur diplomatisch zur Einhaltung des INF-Vertrages zu drängen, sondern militärische Gegenmaßnahmen vorzubereiten und einzuleiten. Der aktuelle Entwurf des Haushaltsgesetzes für das Pentagon sieht zum Beispiel einen zweistelligen Millionenbetrag vor, mit dem die Entwicklung eines landgestützten Marschflugkörpersystems großer Reichweite angestoßen werden kann, das später in Europa stationiert werden könnte.

Hans Kristensen, ein führender Analytiker der Nuklearpolitik in Washington, glaubt nicht, dass das Militär ein solches Vorgehen befürworten würde, macht aber darauf aufmerksam, dass sich das Weiße Haus widersprüchlich geäußert hat:

O-Ton Kristensen (overvoice)

„Das Weiße Haus hat kürzlich ein Statement zum neuen Verteidigungshaushaltsgesetz veröffentlicht, das besagt, man wolle nicht auf ein spezifisches Waffensystem festgelegt werden, aber man sei dafür – also eine Art Widerspruch in sich.“

Sigmar Gabriel, der deutsche Außenminister reagierte kürzlich alarmiert. In der Bild am Sonntag sagte er Anfang November - Zitat: „Neue atomare Mittelstreckenraketen mitten in Europa – das ist leider mehr als wahrscheinlich“. Und dann fügte er noch hinzu: Europa sei gerade – so wörtlich – mit „der Zerstörung all der Erfolge bei Rüstungskontrolle und Abrüstung konfrontiert, die in den 80er und 90er Jahren erreicht wurden.“

Das genau ist die drohende Entwicklung, die den 30. Geburtstag des INF-Vertrags überschattet: Es droht nicht nur eine Renuklearisierung der Sicherheitspolitik in Europa. Auch mit einer Aufgabe der Rüstungskontrolle als wesentlicher Teil der Sicherheitspolitik der NATO ist zu rechnen.

Flocken

Mehr zum INF-Vertrag über die atomaren Mittelstreckenraketen auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Soldat werden dürfen nur junge Leute, die volljährig sind. Das sollte man eigentlich annehmen. Doch weit gefehlt. In der Bundeswehr steigt die Zahl der 17-Jährigen. Diesen Trend will die SPD nun stoppen. Doch wie realistisch ist diese Initiative, angesichts der Nachwuchsprobleme der deutschen Streitkräfte? Björn Müller ist dieser Frage nachgegangen.

Manuskript Björn Müller

Immer mehr Minderjährige werden Bundeswehr-Soldaten. Als die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt wurde, meldeten sich rund 700 unter 18-Jährige freiwillig für die Streitkräfte - 2015 waren es schon mehr als 1.500. Legt man die Gesamtzahl der Rekrutierungen zugrunde, ist die Zahl der Minderjährigen von 4,2 auf 7,2 Prozent vergleichsweise moderat angestiegen. Aber der Trend ist deutlich.

Die Rekrutierung dieser jungen Leute wird immer stärker zu einem Problem der Bundeswehr.

Denn wenn in ihren Reihen immer mehr Minderjährige dienen, passt das nicht zum Soldatenleitbild der Bundeswehr vom mündigen „Staatsbürger in Uniform“. Der Grund für die steigende Anzahl Minderjähriger in den Streitkräften sei das immer jüngere Alter der Schulabgänger, so eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums gegenüber NDR Info. Allerdings wirbt die Truppe immer intensiver mit Mitteln, die genau auf die Altersgruppe der unter 18-Jährigen abzielen, wie z.B. die YouTube-Serie „Die Rekruten“. Die Reihe hatte im Netz große Klick-Zahlen und war ein beachtlicher Erfolg. Das wird von der Bundeswehr gerne betont und als Beleg gesehen für die Effektivität ihrer Werbemaßnahmen. Inzwischen hat man mit „Mali“ eine weitere YouTube-Serie gestartet.

Dass die Truppe überhaupt Minderjährige verpflichten darf, liegt am schwammigen Völkerrecht. Hier betrachtet die Bundesrepublik die Maßgaben der Vereinten Nationen als Richtschnur. Die UN-Kinderrechts-Konvention zielt zwar darauf ab, dass möglichst erst 18-Jährige Soldaten werden sollen. Sie lässt aber eine Hintertür offen: Minderjährige dürfen sich freiwillig verpflichten. Solche Junior-Rekruten sollen dann besondere Fürsorge erhalten und nicht der kämpfenden Truppe angehören, solange sie nicht 18 sind. Daran angelehnt rekrutiert die Bundeswehr 17-Jährige mit Zustimmung der Eltern. Sie werden bereits an der Waffe ausgebildet. Ausgeschlossen sind Dienste, bei denen ggf. von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden muss, wie Wachdienste und Auslandseinsätze.

Der SPD-Verteidigungspolitiker Lutz Felgentreu kritisiert diese gegenwärtige Praxis:

O-Ton Felgentreu

„Ich finde, das ist ein schlechter Kompromiss, den wir im Moment haben. Das führt nämlich dazu, dass wir Rekruten erster und zweiter Klasse haben. Wir haben die volljährigen Rekruten, die alles dürfen, und wir haben die minderjährigen Rekruten, die zum Beispiel auch nachts nicht im Biwak bleiben dürfen.“

Angestoßen von Felgentreu präsentierte die SPD im Bundestagswahlkampf ein neues Modell zur Rekrutierung Minderjähriger für die Bundeswehr. Danach würden 17-Jährige zwar weiterhin angeworben, bis zum Erreichen der Volljährigkeit soll aber ein – wie es in dem Positionspapier wörtlich heißt – „ziviles Beschäftigungsverhältnis bei der Zivilverwaltung der Bundeswehr geschaffen werden“. Minderjährige würden also erst mal eine Art „Zivi-Jahr“ bei der Bundeswehr durchlaufen. Erst ab 18 käme dann der richtige Einstieg in den Soldatenberuf über die militärische Grundausbildung. Da stellt sich die Frage, wie motiviert für eine solche zivile Wartezeit wäre beispielsweise ein 17-jähriger Rekrut, der eigentlich zu den Fallschirmjägern möchte. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lutz Felgentreu hält dieses Problem für lösbar – trotz der zivilen Wartezeit:

O-Ton Felgentreu:

„Das muss ja auch sinnvoll sein, was man dann da an modularen Angeboten macht. Da kann eine technische Ausbildung sein, das kann eine Sprachausbildung sein, Sport gehört sowieso dazu, politische Bildung gehört dazu. Man bekommt ja immerhin auch noch ein Gehalt; dann glaube ich nicht, dass das ein Motivationskiller ist.“

Unterstützung für den SPD-Vorschlag kommt vom Darmstädter Signal, einem Forum kritischer Soldaten. Dessen Sprecher Hauptmann Florian Kling:

O-Ton Kling:

„Eine Bindung an die Bundeswehr, ohne die Uniform anzuziehen, halte ich für eine sehr sinnvolle Idee. Die reguläre Grundausbildung – das bleibt ja dann nicht weg. Nur hat eben dann der Soldat seine Volljährigkeit erreicht, ist 18 Jahre alt, und dann ist er auch dafür verantwortlich, wofür er sich entschieden hat und nicht etwa die Eltern, die für ihn unterschrieben haben oder die Ausbilder, die noch Nachsicht zeigen und dann hat er die gleichen Rechte und Pflichten. Das ist jetzt der Nachteil, das geschieht jetzt nicht und zudem macht sich die Bundeswehr angreifbar von Seiten der Kritiker, die sagen, die Bundeswehr stellt 17-jährige Soldaten ein.“

So hat die Kinderkommission des Bundestages die Anwerbung Nicht-Volljähriger durch die Bundeswehr kritisiert. Unter anderem sei die Waffenausbildung für Minderjährige unangemessen. Auch untergrabe die jetzige Praxis Deutschlands Glaubwürdigkeit als Friedensmacht, die sich für die Entwaffnung von Kindersoldaten in weltweiten Konflikten einsetzt. Die Bundestags-

Kinderkommission hat deshalb gefordert, junge Menschen grundsätzlich erst ab 18 Jahren zu rekrutieren.

Das würde aber den Kampf der Bundeswehr gegen ihre Personalnot erschweren. Fehlender Soldaten-Nachwuchs ist seit dem Ende der Wehrpflicht ein Hauptproblem der Truppe. Gerade bei der zurzeit guten Wirtschaftslage muss sie versuchen, junge Schulabsolventen und Absolventinnen frühzeitig abzuholen, bevor sie sich für einen zivilen Beruf entscheiden.

Wäre der SPD-Vorschlag, 17-jährige Bundeswehr-Rekruten zunächst bei der Zivilverwaltung zu beschäftigen, somit ein sinnvoller Kompromiss zwischen legitimen Rekrutierungsinteressen der Bundeswehr und dem ethischen Anspruch, keine Minderjährigen als Soldaten zu rekrutieren?

Wolfram Kamm, Bundesvorsitzender des Verbandes der Beamten der Bundeswehr, ist skeptisch:

O-Ton Kamm

„Normalerweise bildet man aus, weil ich Menschen habe, die sich für eine Tätigkeit in der Bundeswehrverwaltung interessieren. Aber wenn es Menschen sind, wo man sagt, na ja, nach einem Jahr sind sie ja eh weg, weil sie ja eigentlich Soldat werden sollen. Und die sind nur bei uns, weil man vermeiden will, dass Minderjährige an Waffensystemen ausgebildet werden, dann kriegen sie natürlich ein Akzeptanzproblem bei den Kolleginnen und Kollegen vor Ort, weil sie die Sinnhaftigkeit des Ganzen nicht vermitteln können.“

Der Initiator der Idee eines zivilen Einstiegsjahres für minderjährige Bundeswehr-Rekruten, der SPD-Verteidigungspolitiker Lutz Felgentreu, sieht das allerdings anders:

O-Ton Felgentreu

„Ich glaube, das geht von einer falschen Vorstellung aus. Ich stell mir das so vor: Wir schaffen irgendwo zentral in Deutschland eine zivile Ausbildungseinrichtung. Da werden ausschließlich diese modularen Ausbildungen gemacht. Und die ist dann eben in der Trägerschaft der Zivilverwaltung. Das ist was Neues. Das ist nicht einfach nur ein Draufsatteln, auf das, was die Zivilverwaltung heute sowieso schon macht.“

Doch den Aufbau einer Extra-Struktur für eine Art „Zivi-Jahr“ 17-jähriger Bundeswehrrekruten kann sich der Chef der Beamtengewerkschaft der Bundeswehr, Wolfram Kamm, nicht vorstellen:

O-Ton Kamm

„Wenn man es rein wirtschaftlich betrachten würde, scheidet eine Sonderorganisation aus. Das Einzige, was man versuchen könnte, ist zu prüfen, inwieweit bei den derzeitig vorhandenen Ausbildungseinrichtungen, die wir haben, also beispielsweise für den mittleren nicht-technischen Verwaltungsdienst an den Schulen in Grünau und in Oberammergau – ob da tatsächlich Kapazitäten da wären. Ich sage, ich bezweifle das.“

Nicht nur in der Truppe, auch bei der Zivilverwaltung der Bundeswehr ist in den vergangenen Jahren kräftig gespart worden. Eine eigene Struktur für ein ziviles Einstiegsjahr bei der Bundeswehr bräuchte Millionen-Investitionen – für spezielle Lehrer, Schlafsäle und Unterrichtsräume oder auch für den Küchenbetrieb einer solchen Ausbildungseinrichtung. Die mangelnde Bereitschaft, dafür zusätzliches Geld bereitzustellen, wäre wohl die größte Hürde für den Vorschlag, minderjährige Rekruten der Bundeswehr zunächst in der Zivilverwaltung der Streitkräfte zu beschäftigen. An der gegenwärtigen Praxis wird sich daher bis auf weiteres wohl nichts ändern.

Flocken

Ein Bericht von Björn Müller.

Weltweit gibt es weiterhin eine Vielzahl von Konflikten. Tendenz steigend. Zugleich nehmen die Rüstungsexporte zu. Eine dominante Rolle spielen hierbei die USA – insbesondere, wenn es um High-Tech Waffensysteme geht. Allerdings versucht Russland, den Amerikanern hier Konkurrenz zu machen. Jedenfalls konnte Moskau zuletzt einige spektakuläre Waffendeals verkünden. Jerry Sommer weiß mehr:

Manuskript Jerry Sommer

Die Türkei hat kürzlich mit Russland einen Vorvertrag über den Kauf von S-400-Flugabwehrsystemen im Wert von zweieinhalb Milliarden Dollar abge-

schlossen. Auch Saudi-Arabien beabsichtigt, dieses Waffensystem zu kaufen. Und Bahrain hat ebenfalls Interesse bekundet. Damit dringt Russland in einen Markt ein, der bisher fast ausschließlich von US- und westeuropäischen Rüstungskonzernen dominiert wurde. Bereits das Vorgängermodell S-300 ist an eine Reihe von Staaten exportiert worden, darunter sind China, Indien, der Iran, Ägypten, Venezuela und Vietnam. Das moderne S-400-System hat Russland bisher nur an China und Indien verkauft.

Dieses mobile, auf Lastwagen gestützte Luftabwehrsystem ist in der Lage, angreifende Flugzeuge sowie Raketen zu zerstören. Bis zu 36 Ziele soll es innerhalb von einer Minute gleichzeitig bekämpfen können. Technisch entspricht es den modernsten westlichen Luftverteidigungssystemen, zum Beispiel dem amerikanischen Patriot-System. Der Rüstungsexperte und Oberst a.D. Wolfgang Richter von der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Richter

„Wenn sie jetzt die modernere Version der Patriot, die PAC 3, nehmen, haben wir durchaus vergleichbare Systeme, was die Lenkverfahren, die Genauigkeit, die Störresistenz der Lenkung betrifft. Wir haben allerdings einen etwas größeren Reichweite bei den S-400.“

Gegen Flugzeuge hat es eine Reichweite von 400 Kilometern, gegen ballistische Raketen eine Reichweite von 60 Kilometern. Wie alle Flugabwehrsysteme hat aber auch die S-400 Schwierigkeiten, niedrig fliegende Marschflugkörper abzuschießen. Das könnte auch ein Grund gewesen sein, warum im April dieses Jahres das in Syrien stationierte russische S-400-System nicht gegen angreifende US-Marschflugkörper eingesetzt worden ist. Der Stützpunkt war Ziel des US-Militärschlags, weil nach Aussagen der USA syrische Kampfflugzeuge von dort Giftgasangriffe gestartet haben sollen. Experten vermuten aber auch, dass Russland über den geplanten Luftangriff der USA informiert war und die politische Entscheidung getroffen hatte, nicht einzugreifen.

Der genaue Preis des S-400-Systems ist nicht bekannt. Aber es dürfte weniger kosten als das Luftabwehrsystem Patriot. Russland ist zudem weit mehr als die USA dazu bereit, auch die entsprechende Technologie und das Know-how in die Käuferländer zu exportieren. Das könnte zum Beispiel der Türkei helfen, die

eigene Rüstungsindustrie deutlich auszubauen. Für das NATO-Mitglied Türkei und für Saudi-Arabien dürften aber auch andere Gründe für die S-400 gesprochen haben. Siemon Wezeman vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI:

O-Ton Wezeman (overvoice)

„Die Waffen werden von einem Staat geliefert, von dem man nicht kritisiert wird. Menschenrechte oder der Krieg im Jemen – das ist für Russland kein Thema.“

Auch wollen das NATO-Mitglied Türkei und die nahöstlichen Feudalstaaten offenbar ein politisches Signal setzen und sich etwas unabhängiger machen von den USA und anderen westlichen Rüstungslieferanten. Allerdings: Die bisherigen und die geplanten Rüstungsexporte zum Beispiel der USA in diese Region übersteigen das Ausmaß russischer Waffenexporte weiterhin um ein Vielfaches.

Solche politischen Überlegungen erklären die Bereitschaft in Ankara und Riad, einige mit dem Kauf des S-400-Luftabwehrsystems verbundene Nachteile in Kauf zu nehmen. Die S-400 könnten zwar prinzipiell mit den schon in der Region vorhandenen westlichen Systemen vernetzt und in die NATO-Luftverteidigung integriert werden. Doch insbesondere die USA würden einem solchen Schritt nicht zustimmen, glaubt SIPRI-Experte Siemon Wezeman:

O-Ton Wezeman (overvoice)

„Die Amerikaner haben den Türken schon gesagt: wir werden euch nicht helfen, die S-400 in das NATO-System zu integrieren. Denn an diesem Prozess müssten viele Russen beteiligt werden. Und denen werden wir niemals erlauben, sich das NATO-System genau anzuschauen.“

Moskau hat in den vergangenen Jahren einiges investiert, um seine Rüstungsindustrie komplett zu modernisieren. Neben den Flugabwehrsystemen sind auch die Kampflugzeuge technisch relativ ausgereift. 40 Prozent der russischen Rüstungsexporterlöse sind in den vergangenen Jahren auf den Verkauf von Kampfflugzeugen zurückzuführen. Auch in anderen Bereichen kann sich die Qualität russischer Waffen mit westlichen Technologien messen. Der ehemalige Oberst Wolfgang Richter:

O-Ton Richter

„Wir haben bei den Systemen der Landstreitkräfte neuere Entwicklungen im Kampfpanzerbereich - ich denke da an den Armata - und wir müssen sehen, dass im gesamten Bereich der Heeresbewaffnung - ob es Schützenpanzer sind oder ob es die Artillerie ist oder weitreichende Mehrfachraketenwerfer - die russische Technologie nach wie vor eine Spitzentechnologie ist, die durchaus mit der westlichen Technologie mithalten kann und in Teilbereichen sogar Vorsprünge aufweist.“

Nach Berechnungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI kamen im Zeitraum 2012 bis 2016 ein Drittel aller Exporte von Großwaffen aus den USA. Zweitgrößter Rüstungsexporteur ist Russland – mit einem Anteil von 23 Prozent. Moskaus Aussichten beurteilt Rüstungsexperte Siemon Wezeman von SIPRI differenziert:

O-Ton Wezeman (overvoice)

„In den nächsten Jahren werden die Rüstungsexporte gut laufen. Aber auf längere Sicht – also in 15 bis 25 Jahren – werden die Russen große Probleme bekommen.“

Denn die Wettbewerbsfähigkeit russischer Waffen hänge auch ab von der Entwicklung der Ausgaben für Militär und Rüstung im eigenen Land. Und diese würden in Zukunft sinken - wegen der ökonomischen Probleme Russlands, so Siemon Wezeman:

O-Ton Wezeman (overvoice)

„Sie können nicht weiterhin so viel für das Militär ausgeben – mehr als fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit werden Russland Militärausgaben nicht viel höher sein als zum Beispiel die von Frankreich. Doch nicht Frankreich, sondern die USA und China stecken sehr viel Geld in die Rüstung – weit mehr als Russland. Diese Länder investieren viel Geld in militärische und auch in allgemeine Forschung. Und das ist letztlich entscheidend für eine effiziente Rüstungsindustrie.“

Gegenwärtig gehen 11 Prozent der russischen Rüstungsexporte nach China. Doch die chinesische Rüstungsindustrie wird immer leistungsfähiger – auch weil sie russische Waffentechnologie einfach illegal kopiert hat. China ist inzwischen dabei, Kampfflugzeuge, Flugabwehrsysteme und andere Waffen, die Peking bisher von Russland gekauft hat, selbst herzustellen und sogar zu exportieren. Auf dem internationalen Rüstungsexportmarkt ist China in den letzten Jahren schon auf den dritten Platz aufgestiegen.

Auch andere traditionelle Rüstungsexportmärkte Russlands drohen zu schrumpfen: So sind in den vergangenen fünf Jahren rund 10 Prozent aller russischen Waffenexporte nach Algerien gegangen. Doch inzwischen kauft die Regierung in Algier zunehmend in westlichen Ländern. Und das für Russland wichtigste Land, Indien, in das bisher zwei Drittel aller russischen Waffen exportiert wurden, ist dabei, sich umzuorientieren, sagt Siemon Wezeman:

O-Ton Wezeman (overvoice)

„Die Inder interessieren sich immer mehr für westliche Waffen, vor allem aus den USA. Und Indien hat damit begonnen, vermehrt Waffen bei seinen privaten Unternehmen zu bestellen anstatt bei der staatlichen indischen Rüstungsindustrie. Die privaten Unternehmen sind aber nicht so sehr an einer Zusammenarbeit mit Russland interessiert. Sie arbeiten lieber mit westlichen Unternehmen zusammen.“

Die Zukunftsaussichten der russischen Rüstungsindustrie sind also nicht allzu rosig. Verständlich, dass die Regierung deshalb jede Möglichkeit nutzt, neue Märkte zu erschließen, unter anderem mit Rüstungsgütern wie dem S-400-Luftabwehrsystem, deren Qualität westlichen Waffensystemen gleichwertig ist. Wie alle Länder, die Waffen exportieren, erhofft sich Moskau zudem durch Rüstungsexporte auch politischen Einfluss in den Käuferländern.

* * *

Flocken

Soweit Jerry Sommer.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.